

## Zur Einführung

Die Zahl der Untersuchungen, die sich mit Bildungsgeschichte als Gegenstand historischer Fragestellungen bzw. im weiteren Sinne als Gegenstand der Sozialgeschichte auseinandersetzen, hat im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen. Das wachsende Interesse an solchen Themenstellungen hängt vor allem damit zusammen, daß die Erforschung der bildungsgeschichtlichen Entwicklungen heute nicht mehr allein von der historischen Pädagogik wahrgenommen wird, sondern zunehmend auch von der Geschichtswissenschaft als Aufgabe angesehen wird. Dabei entwickelte sich eine Kooperation, die vor allem deswegen als fruchtbar bezeichnet werden kann, weil Pädagogik als Ideengeschichte und Bildungswirklichkeit als Sozialgeschichte einen im Industriezeitalter bedeutsamen und immer differenzierter werdenden Lebensbereich eigentlich nur gemeinsam darstellen können. Die gemeinsam erforschte Bildungsgeschichte kann nunmehr besser in die komplexen Zusammenhänge geschichtlicher Abläufe gestellt werden. Diese stetige Aufgabe der Einbindung in historische Gesamtverflechtungen gewinnt dann eine besondere Bedeutung, wenn das öffentliche Bildungssystem in spannungsreichen Zeiträumen außerordentlichen politischen Gestaltungsabsichten unterworfen wird. Die Geschichte des Saarlandes von 1945 bis 1955 stellt einen solchen Vorgang mit außergewöhnlichen politischen Veränderungen dar, und die in dieser Phase erfolgten intensiven Wechselwirkungen zwischen Bildung und Politik waren ein wesentliches Motiv, diese Untersuchung durchzuführen.

Das gesetzte Ziel, ein solches Beziehungsgeflecht konzentriert zu analysieren, zwingt freilich zur Beschränkung. In dieser Studie soll der Gestaltungswille hinsichtlich des öffentlichen Bildungssystems Aufschlüsse über eine als separatistisch qualifizierte Politik geben, die nicht nur für die Bildungsgeschichte selbst, sondern auch für die allgemeine politische Geschichte von Interesse ist. Die Absicht, eine bildungspolitische Gesamtdarstellung schreiben zu wollen, kann daher nicht verfolgt werden. Sie wäre nur zu vertreten, wenn die untersuchte Bildungspolitik noch intensiver in ihren Auswirkungen auf den schulischen Alltag beleuchtet und wenn gleichzeitig das gesamte Bildungssystem noch stärker auf bildungsökonomische bzw. bildungssoziologische Fragestellungen bezogen worden wäre. Unvollständig bleibt auch die Auseinandersetzung mit den bildungspolitischen Willensbildungsprozessen in den Parteien und Verbänden.

Die hier vorliegende Untersuchung der Bildungspolitik im Saarland<sup>1</sup> setzt die Definition des Begriffs voraus. Sie wird hier als Aufgabe und Wille von Regierung, Parlament, Kir-

<sup>1</sup> In den Jahren von 1919 bis 1935 wurde das heutige Saarland im offiziellen Sprachgebrauch der Behörden als „Saargebiet“ bezeichnet. Nach der Rückgliederung der Saar im Frühjahr 1935 wird der amtliche Name „Saarland“ gängig. Er wurde nach 1945 von der saarländischen Amtssprache weiterhin verwendet und ist heute offiziell für das jüngste Bundesland. Im übrigen Deutschland benutzte man nach dem Zweiten Weltkrieg oft gezielt den Begriff „Saargebiet“, um, so eine oft zu hörende Begründung, dem Verwaltungsgebiet wegen der Separationsproblematik *sui generis* die Qualität als „Land“ zu verweigern. In dieser Arbeit wird für den Zeitraum bis 1945 in der Regel der Begriff „Saargebiet“ benutzt, für den Zeitraum danach immer „Saarland“, falls nicht Zitatzwänge entgegenstehen.